

Trierer Staatsanwalt auf der Suche nach dem geheimnisvollen „U-Boot“

Vertrauliche Chat-Protokolle von Mitgliedern der Mainzer Landesregierung sind an die Öffentlichkeit gelangt. Seit drei Monaten ermittelt deshalb die Trierer Staatsanwaltschaft wegen Geheimnisverrats. Hat sie das „U-Boot“ schon gefunden?

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Seit einem Vierteljahr sind Trierer Staatsanwälte jetzt schon auf der Suche nach einem geheimnisvollen „U-Boot“, das offenkundig weiter auf Tauchstation ist. Die Ermittlungen in dem Verfahren dauerten an; ein konkreter Verdacht gegen eine konkrete Person habe sich noch nicht ergeben, sagte der Leitende Trierer Staatsanwalt Peter Fritzen unserer Redaktion. Das Verfahren richte sich daher weiterhin gegen unbekannt.

Das klingt jedenfalls nicht nach einem unmittelbar bevorstehenden Ermittlungserfolg in dieser heiklen Mission. Doch worum geht's überhaupt? Im Februar bekam Fritzen vom Koblenzer Generalstaatsanwalt Jürgen Brauer – Fritzens Vorgänger in Trier – den Auftrag, ein „U-Boot“ ausfindig zu machen. Hintergrund des Spezialauftrags: Aus den Ermittlungsakten zur Juli-Flutkatastrophe im Ahrtal mit über 130 Toten waren Auszüge aus bislang geheimen Chat-Protokollen an die Öffentlichkeit gelangt. Die Trierer Staatsanwaltschaft ermittelt seitdem „wegen des Verdachts, dass Informationen aus den Akten des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Koblenz unbefugt Vertretern der Presse offenbart worden“ seien.

Das Besondere daran: Die von mehreren Medien veröffentlichten Chat-Protokolle von Mitgliedern der Mainzer Landesregierung dokumentieren die Ahnungslosigkeit der Politiker über den Ernst der Lage im Ahrtal. Die damalige Landesumweltministerin Anne Spiegel musste wegen ihres Verhaltens bei der Flutkatastrophe später als Bundesfamilienministerin sogar zurücktreten.

Das Presseecho auf das Bekannt-



Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, sitzt im Untersuchungsausschuss des Landtags von Rheinland-Pfalz zur Flutkatastrophe im Ahrtal an ihrem Platz.

werden der internen Chat-Protokolle fiel im Februar verheerend aus. Der Focus schrieb von einer „destruktiven Informationslage in der Mainzer Regierungszentrale“, die Rhein-Zeitung titelte „Im Blindflug durch die Flutnacht“, und der Bonner Generalanzeiger bescheinigte der Mainzer Ampelregierung eine „erschreckende Ahnungslosigkeit“. Die Ampel dürfte immer noch vor allem die Frage beschäftigen, wie die internen Informationen wohl derart breit gestreut an die Öffentlichkeit gelangen konnten.

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft ermittelt wegen der möglicherweise zu späten Warnungen und Evakuierungen im Ahrtal gegen den früheren Landrat Jürgen Pföhler (CDU) und ein weiteres Mitglied der Einsatzleitung. Es geht nach früheren Mitteilungen der Behörde um den

Anfangsverdacht der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung durch Unterlassen. Zumindest Teile der Ermittlungsakten sollen auch den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses Flutkatastrophe vorliegen, der die Folgen der Katastrophe und eine „mögliche rechtliche und politische Verantwortung der Landesregierung, ihrer nachgeordneten Behörden sowie aller sonstigen öffentlichen Stellen“ klären soll.

Sind aus diesem Kreis etwa Informationen wie ein Chat-Protokoll von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Roger Lewentz nach Außen getragen worden? Oder stammen die Infos aus Justizkreisen oder anderen Quellen?

Eine Antwort darauf soll nun möglichst die Trierer Staatsanwaltschaft geben können. Trier bekam den Auftrag von „General“ Jürgen

Brauer, weil die Koblenzer Staatsanwaltschaft ja schlecht in eigener Sache ermitteln kann.

Aber noch treten die Ermittler von der Mosel offenbar auf der Stelle, wie die Antwort von Chef-Staatsanwalt Peter Fritzen vermuten lässt. Auch auf der Frage nach einer zeitlichen Perspektive gibt sich Fritzen eher zugeknöpft. „Die voraussichtliche Dauer des Ermittlungsverfahrens lässt sich noch nicht prognostizieren“, sagte der „Losta“ (Leitende Oberstaatsanwalt) auf Anfrage unserer Redaktion.

Fest steht immerhin, was dem mysteriösen Geheimnisverräter droht, wenn er eines schönen Tages dann doch noch enttarnt werden sollte: Für die Verletzung von Dienstgeheimnissen kann eine Strafe von bis zu fünf Jahren Gefängnis verhängt werden.

Kerosinregen über der Eifel nach medizinischem Notfall

Erneut hat ein Flieger etliche Tonnen Treibstoff abgelassen – diesmal über den beiden Eifelkreisen. Nicht der einzige Fall von Fuedumping in den letzten Tagen.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Der Pilot eines Lufthansa-Passagierflugzeugs hat am Samstagmittag wegen eines medizinischen Notfalls an Bord den Flug abgebrochen und vor der außerplanmäßigen Landung 30 Tonnen Kerosin über der Eifel abgelassen. Das bestätigte eine Sprecherin der Deutschen Flugsicherung unserer Redaktion. Der in München gestartete Lufthansa-Airbus war auf dem Weg nach Boston in den USA, als der medizinische Notfall eintrat. Ob ein Passagier betroffen war oder ein Crew-Mitglied, ist nicht bekannt.

Nach der Aufzeichnung des Internetportals Flightradar 24 flog der Pilot über dem belgischen Gent eine Schleife und steuerte den Airbus Richtung Frankfurt. Dabei überflog er St. Vith, Prüm, Daun und Gerolstein, während das Flugbenzin abgelassen wurde.

Dass eine Maschine Treibstoff ablassen muss, um vor einer außerplanmäßigen Landung Gewicht zu verlieren, ist kein Einzelfall. Mit unschöner Regelmäßigkeit haben zivile Flugzeuge und Militärjets in den zurückliegenden Monaten und Jahren auch über der Region Trier Kerosin abgelassen. Nach Angaben des Luftfahrtbundesamts wurden im vergangenen Jahr insgesamt 25 Kerosinablässe gemeldet, davon

auf rheinland-pfälzischem Gebiet. Die Deutsche Flugsicherung argumentiert, dass wegen der Nähe zu zivilen und militärischen Flugplätzen besonders die Bürger in der Eifel, der Pfalz und auf dem Hunsrück öfter von den Treibstoffablässen betroffen seien. In vielen Fällen träten die Probleme unmittelbar nach dem Start auf, und dann müsse rasch gehandelt werden, so die Sprecherin der Flugsicherung. Nur zwei Tage vor dem sogenannten Fuedumping über der Eifel ließ der Pilot einer in Frankfurt mit dem Ziel Chicago gestarteten Booeing über der Region Osthesen/Thüringen 80 Tonnen Kerosin ab, bevor er wieder in

Frankfurt landete. Grund für den vorzeitigen Abbruch des Flugs waren laut Deutscher Flugsicherung technische Probleme.

Laut einer im Internet veröffentlichten Auflistung des Luftfahrtbundesamts hat es in diesem Jahr bislang zehn Fälle von Fuedumping über Deutschland gegeben. Dabei wurden insgesamt rund 400 Tonnen Kerosin abgelassen. Nach Einschätzung des Umweltbundesamts sind die Kerosinablässe für Menschen und Umwelt unkritisch. „Nach derzeitigem Wissensstand“ gebe es „keine kritischen Umweltauswirkungen von Treibstoffschneidablässen auf Boden, Grundwasser, Luft und menschliche Gesundheit“, lautete das Ergebnis eines vor nicht allzu langer Zeit veröffentlichten Forschungsberichts.

Diese Einschätzung teilt auch das Mainzer Umweltministerium. „Ein Einfluss des Kerosinablasses auf bodennahe Luftschichten konnte nicht festgestellt werden“, fasste Ministerin Katrin Eder vor wenigen Wochen im Ausschuss die Messergebnisse nach einem Zwischenfall Anfang März zusammen. Alle Werte lägen im erwartbaren Bereich, die empfindlichen Messgeräte hätten „keine Auffälligkeiten oder erhöhten Konzentrationen an Kohlenwasserstoffverbindungen“ gezeigt.

Nach Angaben der grünen Umweltministerin werden in Rheinland-Pfalz an neun Standorten die Immissionskonzentrationen von Kohlenwasserstoffen erfasst. Daneben gebe es landesweit 24 Messstellen, die die Schadstoffwerte überprüfen. Kerosin besteht zu 98 Prozent aus Kohlenwasserstoffen wie Benzol.

Ministerin Eder hält das Messstellennetz im Land für ausreichend. Ein weiterer Ausbau sei nicht erforderlich und „brächte keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn“, so die grüne Fachfrau. Daran gibt es von der CDU und den Freien Wählern Kritik.

Die Bürgerinitiative gegen Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung kritisiert, dass fünf bis zehn Prozent des abgelassenen Flugbenzins „auf Weinberge, Äcker und Gärten“ riesele – ganz ohne Bußgeld oder Schadenersatzverpflichtungen der Verursacher.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Ausgeladen! Bischof Ackermann nicht bei Firmung erwünscht

Weil sich Vertreter einer saarländischen Pfarreiengemeinschaft im Missbrauchsskandal um ihren ehemaligen Pfarrer im Stich gelassen fühlen, haben sie einen Brief an den Trierer Bischof und Noch-Missbrauchsbeauftragten geschrieben. Sie bitten, dass ein anderer statt Ackermann die Jugendlichen firmt.

VON KATJA BERNARDY

TRIER Die Gläubigen der saarländischen Pfarreiengemeinschaft Freisen-Oberkirchen haben in den vergangenen Jahren viel mitgemacht. 2016 war öffentlich geworden, dass ihr ehemaliger Pfarrer mehrfach beschuldigt wurde, Kinder missbraucht zu haben. Nach und nach kamen immer mehr Vorwürfe ans Licht, auch wie Verantwortliche des Bistums Trier mit dem Fall umgegangen waren.

An Pfingsten 2018 war Bischof Stephan Ackermann nach Freisen gefahren, um mit den Gläubigen zu reden. Ein Besuch, auf den viele dort lange gewartet hatten. Der Oberhirte und Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) gestand damals Fehler im Umgang mit dem Fall ein. Er soll versprochen haben, sich weiterhin zu kümmern.

Doch seitdem hätten die Verantwortlichen in der Pfarreiengemeinschaft und die Menschen vor Ort nichts mehr von Ackermann gehört. So heißt es in einem Brief, den der Pfarreienrat an den Trierer Bischof geschrieben hat. Der Pfarreienrat ist ein Gremium, dessen Mitglieder



In der Pfarreiengemeinschaft Freisen-Oberkirchen wollen Vertreter nicht, dass der Trierer Bischof Stephan Ackermann die Jugendlichen firmt.

FOTO: DPA

die Katholiken der Pfarreiengemeinschaft vertreten. Der Besuch des Bischofs damals sei ein hoffnungsvoller Tag gewesen, heißt es in dem fast zwei DIN-A4-Seiten langen Schreiben. Allerdings sei die Hoffnung der Gläubigen enttäuscht worden. Dem Bischof sei es nur darum gegangen, Fehler im Umgang mit der Aufarbeitung des Missbrauchs in diesem Fall einzuräumen, „nicht mehr und nicht weniger“.

Weiter werfen die Ehrenamtlichen Ackermann vor, bis zum heutigen

Tag nicht für weitere Klarheit und Aufarbeitung in dem Fall gesorgt zu haben. Viele Menschen in der Pfarreiengemeinschaft fühlten sich enttäuscht, dass die kirchenrechtlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Pfarrer immer noch nicht abgeschlossen seien, und obendrein fühlten sie sich „von ihrem Hirten und Bischof in dieser Frage im Stich gelassen“. Der Rat glaubt, Kirchenaustritte hätten auch mit dem Verhalten Ackermanns zu tun.

Am 16. Juli dieses Jahres sollte der

Trierer Bischof Jugendlichen in zwei Kirchen der saarländischen Pfarreiengemeinschaft das Sakrament der Firmung spenden. Doch der Pfarreienrat möchte, dass ein anderer statt Ackermann firmt. Der Grund: „Wir können es unseren Gläubigen und auch den Firmlingen nicht vermitteln, dass sie unsere Pfarreiengemeinschaft die letzten vier Jahre mit allen Sorgen und Nöten allein gelassen und sonst auch alles Übrige ihrem Visitor und Weihbischof überlassen haben, nun zu so einen wichtigen Gottesdienst selbst kommen wollen“, ist in dem Brief zu lesen. Der Pfarreienrat bittet den Bischof, dass Weihbischof Robert Brahm firmt und dass Ackermann von einem Besuch Abstand nimmt.

Was sagt der Bischof zu der Ausladung? Die TV-Anfrage wurde von Bistumssprecherin Judith Rupp beantwortet. Allerdings wollte sie sich zu den eigentlichen Inhalten derzeit nicht äußern. „Seitens des Bistums werden wir das Gespräch mit den Verantwortlichen in der Pfarreiengemeinschaft suchen“, teilte Rupp mit. Auch der für die Pfarreiengemeinschaft zuständige Pfarrer wollte nichts zu dem Inhalt des Briefes sagen.

Was ist in den vergangenen Jahren passiert? Zusammengefasst kann der „Fall Freisen“ so geschildert werden: 2015 war der bei vielen hoch angesehene Pfarrer beurlaubt worden und zwei Wochen später in den Ruhestand versetzt worden. Weil er sich nicht an Absprachen gehalten habe – so die offizielle Begründung damals. Rund ein Jahr später waren erste Vorwürfe, der ehemalige Pfarrer soll Kinder missbraucht haben, durch den Trierischen Volksfreund bekannt geworden.

Bis heute wurde der Pfarrer des Bistums Trier mindestens acht Mal angezeigt, die Staatsanwaltschaft ermittelte mehrfach. Bis auf ein Verfahren wurden alle eingestellt, meist wegen Verjährung. Die Vorwürfe gegen den beschuldigten Pfarrer, Kinder missbraucht zu haben, beziehen sich auf einen Zeitraum von 1982 bis 2015. Einmal wurde er verdächtigt, unerlaubt Waffen besessen zu haben. Besonders heikel ist in dem Fall: Bereits 2006 soll der Geistliche ein Teilgeständnis abgelegt haben. Seit 2018 läuft ein Strafverfahren am Kirchengericht des Erzbistums Köln. Weil er 1997 einen damals 14 Jahre alten Messdiener im Pfarrhaus sexuell motiviert berührt und dazu

körperliche Gewalt angewendet haben soll, ist der Geistliche seit März am Landgericht Saarbrücken angeklagt. Nach geltendem Recht ist er bis heute unschuldig.

Mit dem Fall sind mittlerweile drei Bischöfe befasst und für ihren Umgang damit in der Kritik: Reinhard Marx als Bischof von Trier (2002 bis 2008), sein Nachfolger Stephan Ackermann (seit 2009 Bischof von Trier und seit 2010 Missbrauchsbeauftragter der DBK) und Ackermanns damaliger Generalvikar Georg Bätzing (2012 bis 2016), heute Bischof von Limburg und Vorsitzender der DBK. Alle drei Bischöfe haben mehrfach, nachdem Medien über den Fall berichtet hatten, Fehler eingeräumt. Auch die Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier beschäftigt sich mit dem Fall.

Bischof Ackermann hat vor wenigen Tagen bekanntgegeben, dass er sein Amt als Missbrauchsbeauftragter im September aufgeben wird. Kürzlich war er in die Kritik geraten, weil er den Klarnamen einer Betroffenen, die ihre Lebensgeschichte bislang nur unter Pseudonym öffentlich gemacht hatte, genannt hatte.